



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1919

187 (24.4.1919) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-185010](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-185010)

Mannheimer General-Anzeiger

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Fritz Goldmann. Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Fritz Goldmann. Druck: Dr. Fritz Goldmann. Druckerei: Dr. Fritz Goldmann. Druckerei: Dr. Fritz Goldmann. Druckerei: Dr. Fritz Goldmann.

Badische Neueste Nachrichten
Amtliches Verkündigungsblatt

Abonnementspreis: Die Spalte...
Anzeigenpreis: Die Spalte...
Postbezugspreis: Die Spalte...

Die Antwort Jochs auf die zweite deutsche Note.

Berlin, 24. April. (Von unserm Berliner Büro.) Auf die zweite deutsche Note ist gestern vormittag die Antwort in Berlin eingegangen. Diesmal geht sie nicht mehr von Herrn Clemenceau, sondern von Marshall Joch aus und, wenn man will, kann man sagen, sie ist entgegenkommender als ihre Vorgängerin. Der Ton ist um vieles höflicher und auch sachlich bedeutet sie in gewissem Ausmaß eine Annäherung. Die Bedingungen der deutschen Regierung, die sie an die Entsendung eines größeren Stabes ihrer Unterhändler knüpfen zu müssen glaubte, sind bewilligt. Der telephonische und telegraphische Verkehr ist zugelassen. Auch mit der Verschlebung der Abreise unserer Delegierten erklärte die Entente sich einverstanden.

Die Haupt- und Kernfrage, freilich, ob überhaupt verhandelt werden soll oder nicht, ist auch in dieser Note der Feinde unbeantwortet geblieben. Der Ausdruck ist in dieser Beziehung, gewollt oder nicht, zum mindesten unklar und ungenau. Vielleicht soll die „Freiheit der Bewegung“, die unseren Unterhändlern eingeräumt wird, die Verhandlungen mit einschließen, vielleicht aber auch nicht. Von neuem sind wir aufs Warten angewiesen. So wird man sich also hüten müssen, hier von einem besonderen Entgegenkommen der Feinde oder gar von einem Erfolg unserer Regierung zu sprechen. Immerhin: die Dinge sind nun im Fluß. Am Montag Abend fährt der erste Zug ab, der unsere Delegierten nach Versailles bringen soll. Dieser Zug wird zugleich auch die fünfzehn Vertreter der deutschen Presse aufnehmen, denen die Reise nach Versailles gestattet worden ist.

Freie telephonische u. telegraphische Verbindung der deutschen Delegierten mit Berlin.

Paris, 23. April. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Die freie telephonische und telegraphische Verbindung der deutschen Delegierten mit Berlin ist gesichert. Den Abgeordneten soll die zur Erfüllung der Aufgaben notwendige Bewegungsfreiheit zugesichert werden. Die deutsche Regierung wurde gebeten, mitzuteilen, wann sich ihre Bevollmächtigten in Spa einfinden, von wo sie nach Versailles geleitet werden sollen. Da die deutschen Bevollmächtigten erst am 24. April Berlin verlassen, ist es möglich, daß sie erst am 30. April oder 1. Mai in Versailles eintreffen werden. In Spa sind bereits drei Vorläufer angekommen, die in Versailles noch einzelne Vorbereitungen zu treffen haben. Es sind dies der Gesandtschaftsrat v. Wachendorff sowie die Postinspektoren Walter und Funke, die sofort nach Versailles weiterreisen.

Die Veröffentlichung des Vorfriedens-Vertrags.

Paris, 23. April. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Der Verrrat hat beschlossen, den Text des Vorfriedensvertrages vollständig zu veröffentlichen und den Parlamenten vorzulegen, sobald er den deutschen Delegierten übergeben worden wäre. Der Presse wird ein möglichst vollständig gehaltener Auszug am 28. April zur Verfügung gestellt. Nach Amerika sollen die 120 000 Worte des Vertrages telegraphiert und von dort aus nach den verschiedenen Weltteilen weitergegeben werden, wozu mehrere Kabels nötig sind.

Weitere Verzögerung des Friedens-Schlusses.

Bern, 23. April. (WB.) Nach dem „Daily Mail“ hat der Friedensvertrag mit Deutschland im letzten Augenblick noch eine Änderung erfahren müssen, weil man vergessen hatte, festzulegen, daß Deutschland auf das Gebiet im Kaiser-Wilhelmsland am Südpol verzichten habe. „Zeit Parisien“ meint, es sei überhaupt zweifelhaft geworden, daß der Wortlaut des Präliminarfriedens nach vor Ende dieses Monats veröffentlicht wird. Bisher ist dieser aber neben den eigentlichen Friedensverträgen die vorherige formelle Zustimmung Deutschlands zu allen Forderungen an seine früheren Verbündeten, sowie zum Entwurf des Völkerbundes enthalten. Nach der Pariser Presse wird angelehnt der ungeklärten Situation der Abschluß des Friedens eine weitere Verzögerung erfahren, sobald Wilson voraussichtlich erst zwischen dem 20. Mai und 1. Juni nach Amerika zurückkehren wird.

Die angewähl für den Weltkrieg Verantwortlichen.

Paris, 23. April. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Die Kommission für die Verantwortlichkeit hat ihren Bericht beendet und ihn den Delegierten der auf der Friedenskonferenz vertretenen Mächte zugestellt. In der Kommission waren vertreten die Vereinigten Staaten, England, Frankreich, Italien, Japan, Belgien, Griechenland, Rumänien und Serbien. Der Bericht zerfällt in 4 Abschnitte:

1. Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges; in dem Bericht wird die Verantwortlichkeit Deutschlands und Österreichs formell festgelegt.
2. Eine Liste von 32 deutschen Angeklagten, denen die Verletzung der Kriegsgesetze, Kriegsverbrechen und Menschenrechte vorgeworfen wird.
3. Das Maß der Verantwortlichkeit für diese Verbrechen, das auf alle Personen der feindlichen Staaten Anwendung findet, die für die Verletzung der Kriegsgesetze und Menschenrechte verantwortlich sind, und zwar ohne Unterschied des Ranges, einschließlich der Staatsoberhäupter.
4. Schaffung eines Gerichtshofes zur Aburteilung aller Fälle, die die Zuständigkeit der nationalen Gerichte überschreiten.

Der Name dieses Gerichtshofes ist „Haut Tribunal“ und ist ausschließlich für die Aburteilung von Verletzungen der Kriegsgesetze und Menschenrechte zuständig. Den amerikanischen und englischen Vertretern widersetzte der Deutsche, Staats-

oberhäupter vor dieses „Haut Tribunal“ zu stellen. Sie bezweifelten die Zuständigkeit eines internationalen Gerichtshofes. Die amerikanischen Delegierten insbesondere betonten, daß ein internationales Verfahren unzulässig sei, wenn ein Staatsoberhaupt durch die Gesetze seines eigenen Landes als schuldig befunden wird. In allen anderen Fragen waren die Beschlüsse der Kommission einstimmig.

Auf der oben erwähnten Liste befinden sich u. a. der frühere Kaiser Wilhelm, Zar Ferdinand von Bulgarien, Admiral v. Tirpitz, General v. Bissing, die türkischen Behörden, die österreichisch-ungarischen Behörden, die Kommandanten einzelner Gefangenenslager, Urheber von Diebstählen usw.

Auch ein Friedens-Versuch.

Bern, 23. April. (WB.) Eine Berner Information des „Journal de Genève“ will wissen, daß verschiedene Vertreter der Ententemächte in Paris geneigt sind, dem Friedensvertrag mit Deutschland einen Artikel anzuschließen, wonach Deutschland auf den Gotthardvertrag mit der Schweiz zu verzichten hat. Italien wird nach dieser Richtung ebenfalls seine Schwierigkeiten machen.

Die polnischen Grenzen.

Paris, 23. April. (WB.) Das „Journal“ sagt, daß die polnische Kommission am Dienstag die Vorschläge prüfte, die von der Kommission gemacht wurden, die den Auftrag hatte, die Grenzen des neuen Staates zu studieren. Brest-Litowsk, Kowno und die Buglinie sollen Polen zugeteilt werden.

Die Sonderforderungen Südafrikas.

Paris, 23. April. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) General Herzog und alle Mitglieder der südafrikanischen nationalen Delegation sind, aus Respekt kommend, in London eingetroffen, um der englischen Regierung die Sonderforderungen Südafrikas darzulegen; es verlangt die Bildung einer vom britischen Kaiserreich unabhängigen Republik.

Bruch Italiens mit der Entente?

Paris, 24. April. (Havas.) Nach der Veröffentlichung einer Note Wilsons hielt die italienische Delegation eine Sitzung ab, in der sie beschloß, Paris zu verlassen. Sie wird am Donnerstagmorgen abreisen.

Zu dieser sensationellen Nachricht liegen uns noch folgende Meldungen vor:

Paris, 24. April. (Havas.) Orlando benachrichtigte Wilson in einem Brief, daß die italienische Delegation Paris am Donnerstag verlassen würde. Dasselbe teilte er Lloyd George mit.

Amsterdam, 23. April. (WB.) Wie eine hiesige Nachrichtenagentur aus Paris berichtet, teilte das Journal mit, daß die italienischen Delegierten vorläufig allen Beratungen der Friedenskonferenz fernbleiben, weil noch keine Einigung in der Adria-Frage erzielt wurde. Der Chef des französischen Marinestabes ist nach Rom abgereist.

Das widerspenstige Italien.

Bern, 23. April. (WB.) Durch die Regelung der Adriafrage hat die Arbeit der Konferenz eine neue bedeutende Verzögerung erfahren, wengleich nach dem „Temps“ Italien das Zugeständnis gemacht worden ist, daß seine Grenze mit Deutsch-Österreich am Brenner verlaufen wird. Im übrigen scheint sich der italienische Widerstand gegen die Wilsonsche Lösung sowohl verstärkt zu haben, daß, wie die Pariser Blätter melden, Italien gedroht hat, den Friedensvertrag mit Deutschland nicht zu unterzeichnen. Das „Journal“ macht die Regelung der Adriafrage von der Richtigkeit oder Unrichtigkeit Italiens abhängig und verzeichnet mit anderen Blättern eine Information, wonach Lloyd Georges ein neues Vermittlungsprojekt vorgeschlagen hat. Nach italienischen Blättern herrscht in römischen Kreisen große Erregung. Man erklärt, die italienische Delegation sei nicht geneigt, sich wie bisher den Verbündeten anzupassen. Man habe die Absicht, sich beim Friedensschluß von den Verbündeten zu trennen, falls die italienischen Ansprüche nicht befriedigt würden. „Corriere della Sera“ hält einen Bruch nicht für möglich, wohl aber ein Auscheiden Italiens aus der bisherigen Solidarität. „Tribuna“ und „Journal d'Italia“ verzeichnen übereinstimmend Pariser Meldungen, wonach England den Italienern Fiume zusprechen wolle, aber nur gegen Konzessionen in Dalmatien. Wilson bewilligte aber nur die Brenner-Grenze, Triest und Istrien.

Entspannung in der Fiume-Frage?

Paris, 24. April. (Havas.) Die Liberte glaubt zu wissen, daß heute in der Fiume-Frage eine Entspannung eingetreten ist.

Der deutsche Völkerbundsentwurf.

Berlin, 24. April. (Von unserm Berliner Büro.) Die deutsche Regierung hat gestern die Vorschläge für die Errichtung eines Völkerbundes der Öffentlichkeit übergeben, die sie dem Pariser Völkerbundsentwurf entsprechend sich nun doch entschlossen hat. Es ist kein Provisorium mehr, wie es deren an deutschen Spezialisten des Völkerrechts schon mehrere gibt, sondern ein amtliches Merkmal: die Reichsregierung hat sich nach längerem Erwägungen überzeugt, daß es Pflicht für sie ist, in dieser Frage selber Schritte zu betreten. Sie hat deshalb von einer Anzahl von Autoritäten sich Vorarbeiten lassen und hinter diesen steht sie: einmütig hat das Kabinett dem gestern bekanntgegebenen Entwurf zugestimmt. Wer, wie immer er persönlich zu diesem Proben steht, die beiden Entwürfe, den Pariser und den unsrigen vergleicht, wird doch eine gewisse Benützung empfinden dürfen. Es weist durch diese deutschen Vorschläge ein anderer Welt, ein menschlicher und ein menschlischer. Der Völkerbund der Väter ist ja im Grunde nicht als ein Sicherheitsvertrag der Sieger zur Abwehr ihres Sieges. In dem Entwurf, in dem der Pariser Völkerbund steht, ist den alliierten und assoziierten Regierungen mit den fünf Stimmen, die sie gegenüber den andern vier haben wollen, die dauernde Mehrheit zugewiesen.

Demgegenüber baut sich der deutsche Entwurf auf dem Prinzip absoluter Gleichheit auf. Wie auch sonst vor dem Völkerbund keine Unterschiede zwischen den Staaten, soll seine Tore sofort allen öffnen, die an ihm teil zu haben wünschen. Und auch noch in einem anderen Stück geht der deutsche Entwurf weit über das Wilsonsche Projekt hinaus. Er bemerkt sich nicht, als Aufgabe des Völkerbundes die Vermittlung von Kriegen zu formulieren. Er stellt sich von vornherein ein wesentlich höheres und wichtigeres Ziel: dieser Völkerbund soll eine internationale Arbeitsgemeinschaft werden, die dem geistigen und materiellen Fortschritt der Menschheit zu dienen bestimmt ist. Als Organ des Völkerbundes sieht der deutsche Entwurf vor: den Staatenkongress, das Weltparlament, den ständigen internationalen Gerichtshof und das internationale Vermittlungsamt. Der Staatenkongress entspricht im allgemeinen dem, was auch das Pariser Projekt vorsieht. In diesem Staatenkongress aber wollen wir die Zweidrittelmehrheit einführen, die eine wirklich praktische und fördernde Arbeit überhaupt erst ermöglicht. In ganz großen Aufwandsgebanten gehen die Bestimmungen über in das Weltparlament hinein. Das hat Wilson nicht gewollt, wie ihm von vornherein mehr ein Staats- als ein Völkerbund vorzuschwebt hat. Auch das Weltparlament des deutschen Entwurfs hängt vorläufig noch ein wenig in der Luft. Aber für die Zukunft wäre es denkbar, daß in die's Weltparlament die Vertreter der großen Berufsorganisationen aus den einzelnen Ländern berufen würden und daß durch solche Zusammenarbeit mehr wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt und dem von Recht und Gerechtigkeit über die ganze Welt hin der Weg gebahnt werden könnte.

Auch in den Bestimmungen über den internationalen ständigen Gerichtshof geht der deutsche Entwurf eine neue Bahn. Er schlägt 15 Richter vor. Jeder Staat präsentiert 15 Personen. Die 15 Richter, auf die sich dann die meisten Stimmen vereinigen, sollen zu Richtern gewählt werden. Das kann unter Umständen dazu führen, daß der einzelne Staat, daß auch wir Deutschen keinen einzigen Mann unter diesen Richtern haben. Aber es gewährleistet doch zugleich, daß die besten und angesehensten, die Leute, die über die ganze Erde hin den meisten Respekt genießen, in dem Gerichtshof vertreten sind. Der ständige Gerichtshof wird die Rechtsfragen zu behandeln haben und er wird sich deshalb aus juristischen Autoritäten zusammensetzen. Vor dem Vermittlungsamt reflektieren die politischen Fragen. Dort werden die Staatsmänner von allgemeiner Geltung ihren Platz haben.

Einen sehr heiklen Punkt, der freilich zugleich auch der ist, mit dem der ganze Völkerbund steht und fällt, berührt das Kapitel über die Abrüstungen. Hier war es Pflicht, so deutlich und so unumwunden wie möglich sich auszudrücken. In engstem Zusammenhang damit stehen die Vorschriften über die Verlehrsfreiheit. Wird der deutsche Entwurf angenommen, so werden Schiffschiffe das Meer überhaupt nicht mehr befahren. Dann werden nur noch die Schiffe der internationalen Seepolizei auf offenem Meere fahren. Der Entwurf stellt dann noch die wirtschaftlichen Beziehungen der Völker auf eine unantastbare internationale Rechtsbasis und kommt zum Schutze der nationalen Arbeiter. Hier weist er weit ab von dem, was bislang im deutschen Lande Brauch und Übung war. Aber von den Rechten, die wir den nationalen Arbeiter in Deutschland reich zugesichert bereit sind, werden auch unsere Stammesgenossen in der Fremde profitieren. Denn wie immer der Friede ausfallen möge, damit werden wir zu rechnen haben, daß sehr viele Deutsche Wirtschaft eingeteilt in fremden Staatsgebieten zu leben haben werden. Das internationale Arbeiterrecht soll noch in einem Sonderabkommen geregelt werden. Für späterhin ist die Errichtung eines Weltarbeitsmarktes vorgesehen, ebenso wie der deutsche Entwurf auch auf die Schaffung eines Weltkolonialamtes hinzielt. Wir werden uns damit vertraut zu machen haben, daß hinter die Tropenkolonien einer internationalen Aufsicht unterworfen werden. Aber wir bedingen uns wie alle anderen Völkerbundsstaaten die offene Tür aus, die Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung über See. Das Schlußkapitel handelt von der Konstitution der Sprüche, Beschlüsse und Verfügungen der Organe des Völkerbundes.

So viel in großen Umrissen über die Grundzüge des deutschen Entwurfs, dem man wenigstens befehlen wird müssen, daß er ungeschicklich demokratisch aufgebaut ist, als das vorwiegend diplomatische Erzeugnis der Pariser Retorte. Freilich wird man sich keinen Täuschungen darüber hingeben dürfen, daß die Aussichten auf eine Annahme des deutschen Entwurfs bei dem gegenwärtigen Machtverhältnis, milde gesagt, gering sind.

Deutsches Reich

Staatliche Bewirtschaftung oder freie Unternehmertätigkeit.

Den staatlichen Einflüssen, denen der Bergbau in Zukunft ausgesetzt werden soll, war er früher schon unterworfen. Der Staat übte eine sehr weitgehende Kontrolle und Aufsicht über die Betriebe aus, die sich erstreckte auf Anstellung der Beamten, die Befestigung der Böden, die Regelung des Arbeitsverhältnisses usw. Die Folgen dieser Bevormundung des Bergbaues durch den Staat waren die, daß der Bergbau nicht zu der Höhe gelangen konnte, die er in anderen Ländern unter ähnlichen natürlichen Verhältnissen aufzuweisen hatte. Wünschlich hat er selber ein, daß er auf dem eingeschlagenen Weg nicht zu seinem Ziel kam. Er entschloß sich deshalb zu einer völligen Wende vom Bevormundungssystem und zum Grundgesetz der Bergbaufreiheit. Dieses Prinzip wurde verkündet im allgemeinen Berggesetz vom 24. Juni 1865. Interessant ist die Begründung, die dem Entwurf mitgegeben wurde. Es hieß in ihm, die Regierung wolle die Bergwerksgesellschaften dem freien industriellen Verkehr überlassen und zur Grundlage eines auf den wirtschaftlichen Kräften des Volkes beruhenden gewerblichen Betriebes erheben. Damit gab der Staat selbst zu, daß er nicht in der Lage war, den gewünschten Aufschwung herbeizuführen.

Das auf die freie Unternehmertätigkeit gegründete Wirtschaften des Staates ist nicht geteilt worden. Während im Jahre 1865 nur 19 Millionen Tonnen Steinkohlen gefördert wurden, betrug die Förderung 1913 bereits 190 Millionen Tonnen. Tiefen Aufschwung hat kein anderes Land auch nur entfernt mitmachen können. Aus dieser kleinen Erinnerung sollten die Beamten der Sozialisierung des Bergbaues lernen. Nur die freie Unternehmertätigkeit ist in der Lage, uns sobald wie möglich aus den schwierigen Verhältnissen, in denen wir uns augenblicklich befinden, zu befreien.

Zur Beendigung der Bankbeamten-Bewegung.

Angelehnt der Tatsache, daß die Mehrzahl der hiesigen Bankbeamten zur Durchsetzung der Forderungen der Berliner Kollegen in dem Sympathiestreik eingetreten war, der am Dienstag wieder abgebrochen wurde, weil die Berliner Bankstellungen mit den dortigen Ausländern zu einer Einigung gelangten, dürfte der Wortlaut folgender Erklärung interessieren, welche die Einigung herbeiführte. Der Verband Berliner Konfessionen erklärt, daß er ebenso wie der Verband Berliner Metallindustrieller nach wie vor an seinem grundsätzlichen Standpunkt festhält, daß die Frage des Arbeitsrechts der Angestelltenausweise bei der Einstellung, Kündigung und Entlohnung von Angestellten allein Gegenstand der

Reichsgesetzgebung und nicht einer gesonderten Vereinbarung des Verbandes Berliner Bankstellungen mit dem Reichsorganisationsrat sein kann. Insbesondere erklärt der Verband, daß die Bewirkung der Angelegenheit bei der Einstellung nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung der Bankbetriebe, sondern auch die Interessen der Bankbeamten selbst auf empfindlichste zu berücksichtigen sein müssen. Nachdem aber die Bankbeamten aus dieser Frage der Gesetzgebung ebenso wie die Angehörigen der Metallindustrie eine Angelegenheit eines längeren Streiks bei den beiden größten im Verband vereinigten Banken gemacht haben, der Deutschland bedrohliche Wirtschaftskrisen auf das äußerste schädigt und die im Gang befindliche Sammlung der zur Durchführung des Vermögensmittelabkommens benötigten ausländischen Wertpapiere unheilvoll und unabsehbar verzögert, ist der Verband Berliner Bankstellungen bereit, seine schweren Gewissensschmerzen zurückzustellen und die unter Vorsitz des Reichsarbeitsministers Bauer am 18. April 1919 vom Verband Berliner Metallindustrieller mit deren Angehörigenorganisationen abgeschlossene Vereinbarung über das Rückübertragungsrecht bei Kündigungen, Entlassungen und Neueinstellungen für seine Mitglieder anzunehmen. Die Zustimmung erfolgt unter der Voraussetzung:

1. daß die Geltungsdauer dieser vorläufigen Regelung sich nur bis zum Inkrafttreten des angekündigten Reichsgesetzes über das Rückübertragungsrecht erstreckt und alsdann allein dessen Vorschriften maßgebend sein werden.

2. daß diese vorläufige Regelung, der vom Reichsarbeitsminister Bauer dem Verband Berliner Metallindustrieller abgegebenen Erklärung gemäß, der Reichsgesetzgebung in keiner Weise vorgreift und nicht als Vorbild oder als Präzedenzfall dienen kann.

3. daß durch diese Stellungnahme auch des Verbandes Berliner Bankstellungen ebensowenig, wie durch die des Verbandes Berliner Metallindustrieller, für ihn selbst und für andere Kreise in Deutschlands Handel und Industrie eine gleiche oder ähnliche Lösung auch nur für kurze Zeit für möglich gehalten wird und damit als Vorbild dienen könnte.

Der Verband Berliner Bankstellungen stellt zur Bedingung, daß die Arbeit in den Bankbetrieben am ersten Tage nach Ostern wieder aufgenommen wird und die Frage des Abschlusses eines Reichsarbeitsvertrages nicht weiter zum Gegenstand des Streiks gemacht wird. Der Verband wiederholt hiermit die von ihm seit Monaten des Heren abgegebene Erklärung, daß er bereit ist, unerschütterlich in die Verhandlungen über den Tarifvertrag für Groß-Berlin einzutreten. Es ist ihm so sehr wie möglich zu vermeiden und nach dessen Abschluß jeder der Verhandlungen über den Reichsarbeitsvertrag unter Ausdehnung der freiwilligen Bankvereinigungen und der übrigen Angehörigen vorzuziehen zu beginnen.

Berlin, 19. April 1919.

Best für Handel und Industrie. Commerz- und Disconto-Bank Deutsche Bank. Direktion der Disconto-Gesellschaft. Dresdner Bank. Mitteldeutsche Kreditbank. Nationalbank für Deutschland.

Baden.

Nachmals die Schulbeiräte.

Eine in Karlsruhe tagende Versammlung von Lehrern und Beamten verschiedener Bezirksbehörden aus Stadt und Land der Republik Baden beschloß nachmals die vom Ministerium ohne jegliche Rücksichtnahme mit den Scherzorganisationen "verordneten" Schulbeiräte und kam dabei zu folgenden Entschlüssen, die einstimmig angenommen wurden:

1. Das Unterrichtsministerium ist zu ersuchen, den Vollzug der Verordnung vom 24. März 1919, d. h. den Wahltermin für die Schulbeiräte solange zu vertagen, bis den Mitgliedern des B.V.B. Gelegenheit gegeben ist, in einer ordnungsgemäßen Vertreterversammlung zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

2. Der Vorstand des B.V.B. ist aufzufordern, sobald eine Vertreterversammlung einberufen wird, die zur Tagesordnung: a) Stellungnahme zu den Schulbeiräten, b) Revue des B.V.B., c) Bildung einer Kommission zur zeitgemäßen Neugestaltung der Vereinsstatuten.

3. Wird den Erläuterungen vom Ministerium oder durch den Vorstand des B.V.B. abgesehen, so ist an dem bereits protestierten Wahlrecht festzuhalten, in der früheren Überzeugung, daß die gesamte freigelegte Lehrerschaft Badens in diesem Beschlusse einig ist.

Selbstmord.

Als in den für unser Vaterland so schmachvollen Wochen des Jahresendes 1918 die polnischen Aufständler die Früchte ihrer jahrelangen Mühen und Organisationsarbeit in der Provinz Posen ernteten und in ihrer unerschämten, von Frankreich genährten Maßlosigkeit großen Teilen weiteren deutschen Kulturlandes Gewalt anzutun drohten, da schlossen sich in ihrer Not todesmutige, von ihrem Deutschtum durchdrungene Männer allerwärts in der Ostmark zu Volkswahren zusammen zum Schutze von Weib, Kind und Vieh, den ihnen das in selbstverschuldeter Ohnmacht liegende Deutsche Reich nicht gewähren konnte. Nicht Polen und Tschechen, nicht nationalitätliche Bestrebungen der slavischen Völker sind bei der Wendung, die die revolutionäre Entwicklung in vielen Ländern unseres Erdteils genommen hat, heutzutage die Hauptgefahr. Der Bolschewismus, der jetzt so viel genannt, wenig verstanden, in seiner ganzen Schrecklichkeit namentlich aus Deutschen noch so wenig bekannt ist, es, der Kultur und Leben bei uns am schmerzhaftesten bedroht. Die noch immer kleine Gruppe der Anhänger dieser vermeintlich neuen, in Wirklichkeit aber wiederholt verurteilten und ebensooft an ihrer inneren Haltlosigkeit gescheiterten Weltanschauung sind lieberhaft für ihre Sache tätig. Die Milliarden vielfach gefälschter Rubel, die hauptsächlich über Ostpreußen, aber auch an anderen Stellen des Reiches aus Mangel an scharfer Überwachung bei uns Eingang finden, tun das Ihrige, die Sache des Bolschewismus zu fördern.

Stumpf, müde wohl durch die Leiden der letzten Jahre, stehen viele Kreise in unserem Vaterland der ungeheuren Gefahr gegenüber. Namentlich in ländlichen Gegenden mit geringer Industrie glaubt man sich ziemlich geborgen vor den russischen Schrecknissen. Wie kurzfristig ist eine solche Denkwelt! Es liegen sich eine Anzahl von Gründen dagegen anführen. Hier nur der eine. Die Entente wird einem bolschewistischen Deutschland jede Lebensmittelausfuhr sperren. Die Folge ist der Hunger, wie er in Rußland die gefährlichsten Erscheinungen von Verbrechen und Sterblichkeit hervorgerufen hat, die weitere unausbleibliche Folge der Krieg. Ob wir wollen oder nicht, wir müssen nach Westen ziehen, uns Lebensmittel zu verschaffen aus den Ententeländern, wie das selbst das agrarische Rußland jetzt durch Vordringen nach Westen versuchen muß. Hunger, dieses Schreckgespenst, wird auch das ländlichste Gebiet Deutschlands nicht von bolschewistischen Kämpfen verschont lassen, wenn nicht vorher schon die heilige Agitation, die von Spartakus in die fernste Ecke unserer Heimat getragen wird, Gewalt und Brutalität geübt hat.

Wie gibt es Rettung aus diesen Gefahren, wer hilft uns gegen den Wahn, der sich epidemisch verpestend ausbreitet? Niemand als wir selbst! Es darf heute keine Gegend, kein Haus in unserem Vaterlande mehr geben, wo nicht der Kampf gegen die asiatische Barbarei, den Bolschewismus, fortwährend aufgenommen wird. Als Freiwilliger mit der Waffe, durch Hergebe von Geldmitteln, durch Mitwirkung im Aufklärungsdiens kann — nein muß jeder Deutsche sich an der Verteidigung seiner Kulturüter beteiligen. Dazu ist Zusammenfassung aller Kräfte bestehende Verbände, die diesen Zweck dienen, notwendig. Das ist die neue, unendlich wichtige Aufgabe der Einwohnerwehren. Nicht mehr gegen Polen und Tschechen, sondern gegen die Bolschewisten

und ihre verhassten deutschen Gefolgsleute bedarf jede Stadt, jede Gemeinde eines Schutzes, einer zuverlässigen Fronttruppe, die sich aus allen Rängen der gegen Spartakus gerichteten Parteien zusammensetzt, ehrenamtlich nur nach Bedarf zusammentritt und als Einwohnerwehr Leib und Leben, allen öffentlichen und privaten Besitz gegen fanatisches rauh- und mordlustiges Gesindel sicherstellt. DOV.

Letzte Meldungen.

Roske über die „Gegenrevolution“ und die innere Lage.

Berlin, 23. April. (M. B.) Reichsminister Roske gewährte einem Mitglied der Redaktion der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ eine Unterredung, aus der wir folgende Mitteilungen wiedergeben: Die Unterredung bezieht sich zunächst auf den Unterredung, der frühere Volksbeauftragte Emil Barth, Mitglied der Unabhängigen sozialistischen Partei, dem Vertreter der United Press gegeben hat. Der Minister bezeichnete die Gerüchte von einer russischen - militärischen Gegenrevolution, die Barth aus Rußland dem Auslande aufzutreiben sich nicht scheut, als unrichtig und lächerlich. Daß es in Deutschland noch Monarchisten gebe, natürlich auch unter den Offizieren, sei eine Kleinigkeit. Aber er habe in seiner amtlichen Tätigkeit Gelegenheit gehabt, das Offizierskorps, das ihm volles Vertrauen entgegenbringe, kennen zu lernen und er könne sagen, daß die große Mehrheit der Offiziere sich vollkommen loyal der republikanischen Regierung zur Verfügung stellt. Es entspreche durchaus nicht mehr den Gezeiten dieser Offiziere, wenn Barth immer noch den Kaiser und den Kronprinzen als ihre politische und wirtschaftliche Hoffnung bezeichnet. Das Gegenteil sei wahr. Das wenig beispielgebende Verhalten der alten Gewalten habe auch bei den meisten das innere Verhältnis gelöst, von dem aus sie früher ihre ganze Stellung und ihre Aufgaben betrachtet hätten. Es sei also weder von dem neuen Offizierskorps, noch von der neuen deutschen Armee die Gefahr einer politischen Umwälzung zu befürchten.

Das Gerücht ging dann zu dem Artikel über, den der „Main“ am 14. April über angeblich geheime Rüstungen Deutschlands veröffentlicht hat und dessen „Erhellungen“ auf den Mitteilungen des tschecho-slowakischen Politikers Broda fußen. Es ist natürlich richtig, sagte der Minister, daß wir im Osten größere Truppenverbände mit den dazu gehörigen Artillerie- und Munitionsparks unterhalten. Aber wir haben ja noch keinen Frieden und müßten unsere Abgrenzen, die noch immer flüssig sind, gegen feindliche Überfälle und gegen die gewaltsame Vornahme der Friedensbedingungen schützen. Wenn die französische Regierung über den Umfang unserer Rüstungen nicht selbst unterrichtet ist, so könne sie sich jederzeit bei ihrem Verbündeten Wilson informieren, der sowieso bis auf den letzten Mann weiß, was wir im Osten haben.

Besser als die Franzosen scheint es auch Lord George die wolle Lage der deutschen Wehrkraft erkannt zu haben, als er kürzlich in Unterredung äußerte, daß Deutschland kaum in der Lage sei, 50 000 Mann zur Aufrechterhaltung der Weltordnung auszubringen. Dies ist lehrer Wahrheit. Wir müssen erst wieder zu einem lebendigeren Staatsgefühl kommen, wenn wir den neuen Schritt unserer nationalen Verteidigungskraft überwinden wollen. Es ist deshalb ganz unnahlich, wenn Barth von 3 Millionen Anhängern einer monarchistischen Gegenrevolution spricht und damit das Ausland glauben zu machen versucht.

Die Unterredung wendete sich dann der inneren Lage zu. Der Minister läßt die Gefahr des Bolschewismus in Deutschland militärisch für überstanden. Berlin sei mit einem genügendem Truppenaufsatz gesichert. Bei der Auflösung der Soldatenwehr und der Volkswirtschaften dürften die Spezialisten die Hoffnungen aufgeben haben, die Reichshauptstadt in die Hand zu bekommen. Die Ereignisse in München hätten wohl den letzten ernstlichen Versuch der Anarchie dar, daß der Herrschaft zu bemächtigen. Wir haben, so schloß der Minister seine Ausführungen, auf unserer Seite alles getan, um in Deutschland die Ruhe wieder zu erhalten, ein geschlossenes und geordnetes Staatswesen aufzubauen und damit die Grundfragen zu einem Frieden und zu einer neuen Welt zu schaffen. Aber alle unsere Arbeit wäre natürlich vergebens, wenn die wirtschaftliche Lage nicht noch in letzter Stunde den Zusammenbruch herbeiführt oder wenn die Entente durch Aufstellen unzumutbarer Bedingungen unser ganzes Werk zu scheitern machen würde.

Die Lage in München.

Berlin, 24. April. (Von unserem Berliner Büro.) Aus München wird mitgeteilt, daß die Lage dort noch immer unverändert ist. Die Wiederaufnahme der Arbeit sei allerdings nicht mehr auszubalten. Die Stimmung der Bevölkerung ist äußerst gedrückt. Der Bauernführer Gaudorfer ist in die Schweiz geflüchtet. Die Defension der Säfen in den Banken beachte den Spartakisten eine bittere Enttäuschung. Sie erbeuteten nur Beträge von 12-30 000 M. Um so eifriger betreiben sie jetzt die Hausdurchsuchungen nach Bargeld, Schmuck, Lebensmitteln und Stoffen. Wein wird von der roten Garde an Ort und Stelle ausgegraben. Das übrige wird auf Kasernen fortgeschafft. In öffentlichen Aufzügen und Hebruden wird zu Blinderungen aufgeführt. „Proletarier, wenn Ihr Hunger habt, holt Euch, was Ihr braucht!“ An Stelle der bürgerlichen Politiker und Beamten, die sich außerhalb Münchens in Sicherheit gebracht haben, suchen deren Frauen und Wirtschaftsleute verhaftet. Die Polizei ist entlassen und durch Arbeiter ersetzt. Der Postbetriebsdienst wird durch russische Studentinnen versehen.

Weitere Besserung des Streiklage.

Essen, 23. April. (M. B.) Nach einer Mitteilung des Bergbauvereins ist die Zahl der ausständigen Bergarbeiter in der Mittagschicht weiter beträchtlich zurückgegangen, und zwar auf 60 841 gegen 69 461 gestern. In der Morgen- und Mittagschicht betrug der Rückgang rund 24 000.

Weitere holländische Lebensmittel.

Amsterdam, 23. April. (M. B.) Das Allgemeine Handelsblad meldet, daß von den Ausschritten jetzt auch die Lieferung von 13 500 Tonnen Hülsenfrüchten und 7000 Tonnen Getreide von Holland an Deutschland gestattet worden ist. Das Spektrantum, das ausgeführt werden darf, ist auf 4000 Tonnen erhöht worden.

Vom Friedensausbruch der Nationalversammlung.

Berlin, 24. April. (Von unserm Berliner Büro.) Der Friedensausbruch der Nationalversammlung wird, wie wir hören, am 2. Mai in Berlin tagen.

Perische Forderungen.

Paris, 23. April. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Die Times erklärt in einem Leitartikel, daß die Nachricht von der Ankunft einer perischen Delegation in Paris zuerst sympathisch aufgenommen wurde. Dieser Eindruck habe sich jedoch verändert infolge der von dieser Delegation unterbreiteten Forderungen. Die perische Regierung kann kaum die Ordnung in ihrer Hauptstadt Teheran aufrecht erhalten und verlangt beinahe die Hälfte von Zentralasien. Bevor Persien derartig übertriebene Ansprüche machen kann, muß es zuerst seine innere Lage verbessern.

Japanische und belgische Drohungen.

Paris, 23. April. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Nach dem „Popolo d'Italia“ drohen Japan und Belgien, sich von der Friedenskonferenz zurückzuziehen, wenn ihre Wünsche nicht berücksichtigt werden. Japan verlangt die Behandlung seiner Forderungen vor Beginn der Verhandlungen mit den deutschen Delegierten.

Der Bolschewismus in Ungarn vor seinem Ende.

Berlin, 24. April. (Von unserm Berliner Büro.) Nach Meldungen, die über Wien aus Ungarn eintröfen, scheint der Bolschewismus in Ungarn seinem Ende entgegenzugehen. Die rumänischen Truppen dringen in der neutralen Zone weiter vor und haben bereits Debreczin erreicht, das von der roten Garde geräumt wurde. Auch die südslawischen Truppen haben sich gestern in Bewegung gesetzt, während die tschecho-slowakischen noch Gewehr bei Fuß an der Demarkationslinie stehen, doch bereit sind, im Notfall den Vormarsch sofort anzutreten. Die kommunistische Regierung dürfte schon früher erledigt sein. Sie dürfte in sich zusammenfallen, da ihr alle Hilfsmittel fehlen. Die Volksbeauftragten dürften zurücktreten und Ungarn zu dem Zustand zurückkehren, in dem es sich vor dem Staatsstreich des Grafen Karolyi befunden hat. Wahrscheinlich wird ein sozialistisches Ministerium unter Hinzuziehung von Fachministerien gebildet werden. Genau Kenner des Landes jagen freilich, die meisten Chancen hätte ein rein bürgerliches Kabinett, das auch auf die ungarische Armee rechnen könnte und das ganze Land hinter sich hätte. Am Dienstag Abend ist eine Entente-Kommission nach Budapest gefahren, um sich über die Lage in Ungarn zu unterrichten.

Budapest, 23. April. (Ang. Korr.-Bur.) Die Rumänen haben ihr Vordringen am 22. April zwischen Theiß und Maros auf der ganzen Linie fortgesetzt. Unsere Truppen verhalten sich an mehreren Stellen vollkommen unbesiegt, besonders vor Debreczin. Unter solchen Umständen wurde Debreczin geräumt.

Die Tragweite der indischen Unruhen.

Amsterdam, 23. April. (M. B.) Die „Daily Chronicle“ vom 21. 4. bezeichnet es als eine gefährliche Erscheinung, daß bei den Unruhen in Indien, die zum großen Teil auf religiöse Erwägungen zurückzuführen sind und mit der allgemeinen Ruhelosigkeit der mohammedanischen Welt wegen der Niederlage der Türken und mit der Beforgnis wegen des Kalifats zusammenhängen, Mohammedaner und Hindu zusammen in einem gegen die Engländer vorgehen. Dies sei seit 1857 sehr selten der Fall gewesen.

Die Ueberbürdung der Schüler.

Von dem Lehrer einer hiesigen höheren Schule wird uns geschrieben:

Sie haben über den Aufruf des vorbereitenden Ausschusses in Karlsruhe das Gutachten eines „Sachverständigen“ eingeholt. Dieser scheint nicht an einer Mittelschule tätig zu sein, sonst würde er wohl kaum die Gelegenheit dazu benützen, der höheren Schule, wie es in üblicher Weise „ausgewildeten“ — nebenbei bemerkt ein nicht gerade erfreulicher Beweis dafür, daß der Mangel an Kollegialität, die eine Voraussetzung für die Einheitschule der Zukunft bilden soll, nicht nur unter den Lehrern der höheren Schulen, sondern auch anderswo zu finden ist. Es ist daher wohl billig, in der Angelegenheit auch einen Lehrer der Mittelschule zu Wort kommen zu lassen. Freilich zu begrüßen ist es, daß das Elternhaus an der Arbeit der Schule Interesse zeigt. Die Schule, auch die höhere, hatte bisher über starke Unterbesetzung zu klagen. Sie ist durchaus damit einverstanden, daß Elternhaus und Schule zusammenwirken und daß der Elternschaft an ihrer Bedeutung entsprechende Anteil an der Verwaltung der Schule eingeräumt werde. Auch die übrigen Forderungen des Aufrufes: Beschränkung der Unterrichtszeit, mäßiger Umfang der Hausaufgaben, intensivere Körperpflege nach dem alten Grundsatz: mens sana in corpore sano, wenn es doch schon einmal nicht ohne schulpflichtige Jünger geht, bedürfen im wesentlichen mit den aus vorerwähnten Bedenken schon früher erbobenen. Weisheitsgebende Rücksicht auf die Unterrichtszeit der heutigen Jugend ist schon während des Krieges wiederholt von der Schulbehörde verlangt und von der Lehrerschaft sicher auch erfüllt worden. Für die Blässe und Hohlmannigkeit der Jugend heute die Schule verantwortlich zu machen, ist ungerecht, denn diese kommt durch den Hunger.

Die Behörde hat auch vor kurzem eine durch die Kartäuser Bescheidene veranlaßte amtliche Erhebung über den Umfang der häuslichen Arbeiten angeordnet und die Lehrer zum Wohhalten in dieser Richtung aufgefordert. Ob von einer Ueberbürdung der Schüler gerade bei hiesigen Mittelschulen in letzter Zeit die Rede sein kann, möchte Einsender schon aus dem Grunde bezweifeln, weil infolge des Mangels an Schulräumen die Stundenzahl auf allen Stufen erheblich verkleinert war. Der große Prozentsatz von Wähen tragenden und ohnehin sogar Plagiaten raubenden Schülern unter der Plankennzeichnung dürfte dem Herrn Sachverständigen ebenfalls schon aufgefallen sein und das Besagte bestätigen. Damit soll in diesen nicht bestritten sein, daß früher oder anderswo Ueberbürdungen vorkamen. Mit der Hauptfrage treten daran die amtlichen Lehrpläne, die eine unerhörte Ueberbürdung mit Belastung zeigen und sich über die Grundründe der mangelhaften Unterrichtsleistung in Stoff in unbegreiflicher Weise hinsetzen. Hier tut Wandel dringend not, wenn anders die Berufswelt von Lehrern und Schülern gleichmäßig auflebende Haß des Unterrichtsbetriebs verschwinden soll. Der Lehrer darf auch nicht der Stille des Benimmens sein, sondern muß eine gewisse Bewegungsfreiheit gewährt werden, damit er in noch Umständen ab und zu geben kann, wie es im realen Bereich schon vor dem Kriege der Fall war, aber nicht in darin übertriebenen Boden. Der Mann der Schulbürokratie, die wider innerhalb der getriebenen Grenzspalte sich nicht zehnte als innerhalb der schwarzen und der Arbeit trugende von Lehrern und Schülern starken Widerstand, muß überhaupt gebrochen werden und ein liberaler Geist in die Schule vormalung einbringen.

Es ist sehr richtig, daß der Adel der Schule nicht im Eintritte von möglichst viel Wissenschaft, sondern in der harmonischen Verbindung aller Kräfte besteht. Diese können sich aber nur entwickeln, indem sie sich betätigen. Mit Recht legt daher die Arbeitsschule der Gegenwart das Hauptgewicht auf die Selbsttätigkeit des Schülers und wird damit gleichzeitig die Arbeitsfähigkeit. Es geht aber zu weit, der höheren Schule, die auch in dieser Hinsicht ihre Pflicht erfüllt, das Verständnis dafür abzusprechen, wie es der Herr Sachverständige tut, und behauptet, daß großen Umfang, den die häusliche Nachhilfe vielfach annimmt; auf einen solchen generellen Fehler der Methode zurückzuführen. Es gibt eben auch Schüler, die der selbstgemeintlichen Bedeutung der Lehrfreiheit korrekteren Widerstand entgegenbringen und es gibt auch minderbegabte. Solche gehören eben nicht in die Schule hinein, und hier liegt der Fehler nicht an der Schule, sondern an den Eltern, die ihre Kinder trotz fehlender Religion oder Begabung zum Besuch der höherer Schule zwingen, statt sie der Tätigkeit zuzuführen, die deren Verfassung und Reife angemessen ist. Gewiß soll die Hauptarbeit in, nicht außerhalb der Schule geleistet werden. Aber gänzliche Abschaffung der häuslichen Arbeiten bis in das andere Extrem verfallen und das Kind mit dem Bode auslöschen. Wer etwa fordern sollte, daß in den oberen Klassen häusliche Aufgabungen, Vorbereitungen für fremdsprachliche Beträge, mathematische Rechnungen ähnlich wachsend, der würde sich mit dem Grundsatz der Selbsttätigkeit des Schülers im Widerspruch setzen und nicht nur den Unterrichtsverfall, sondern auch die Erziehung zu selbständiger geistiger Arbeit in Frage stellen. In der pädagogischen und pädagogischen Unterweisung von Hausaufgaben liegt auch ein gut Teil Charakterbildung, Erziehung zur Pflicht, zur Gemüthsstärkung. Daß diese niemals notweniger war für unser Volk als in der Gegenwart, wird auch der Herr Sachverständige zu geben. Willens-erziehung ist nicht minder wichtig als Verbandsbildung. Uebertriebungen soll damit natürlich nicht das Wort gegeben werden. Der Ueberdecker dieser Stellen würde es freudig begreifen, wenn die von Karlsruhe aus in die Welt gesetzte Bewegung zur Ueberwindung tatsächlicher Mängel von Schule und Jugend getragen würde, ohne aber bewährte Grundlagen des Unterrichts und der Erziehung zu untergraben.

Aus Stadt und Land.

Koalitionsfreiheit oder rohe Gewalt!

Von der Redaktionsleitung des Gewerkschaftsvereins Deutscher Metallarbeiter (S. D.), Bezirk Mannheim, wird uns geschrieben:

Bei der Firma Brown, Boveri u. Co. versuchten am 22. April die radikal-sozialistischen, freigezwerglichen organisierten Elemente nach Ablauf des vor 8 Tagen gestellten Ultimatums die Mitglieder der Hirsch-Dunfer'schen Gewerkschaften brutal zu machen. Die Firma hat nun im Einverständnis mit dem Arbeiterausschuß die nicht-freigezwerglichen organisierten Arbeiter bis auf weiteres unter Fortzahlung des Lohnes beurlaubt. Sie lehnt die Entlassung der nicht-freigezwerglichen organisierten Arbeiter ab. Auf den gleichen Standpunkt stellen sich die Firmen, die dem Verband der Metallindustriellen angeschlossen sind. Ferner beschließen sich die maßgebenden behördlichen Instanzen mit der Regelung der Angelegenheit und treten für Ruhe und Ordnung ein.

Wir gestatten uns, erneut die Badische Volkregierung gegen diese schamlose Freiheitsberaubung anzurufen und an sie die Frage zu stellen: Ist sie bereit, hiergegen energische entschlossene Schritte zu unternehmen? Unsern Mitglieðern aber rufen wir zu: Zeigt Entschlossenheit und Mut wie bisher. Man hat Euch den Kampf aufgezwungen, dieser muß durchgeföhrt werden. Eure Sache ist gerecht und hat die Sympathie der Öffentlichkeit. Wahrheit, Freizheit, steht erst recht an Eurer Organisation festhalten, hürft dies-felbe durch eilige Werbung für sie. Weist die radikalen „Volksbeauftragten“, die Euch mit heuchlerischen Redensarten umschwärmen, entschieden ab. Weidet uns alle Drohungen und Gemachts, damit wir sie geltend dem Richte der Öffentlichkeit übergeben.

Deutsche demokratische Partei Mannheim.

Deffentliche Frauensammlung.

Am kommenden Sonntag Abend 8 Uhr findet im großen Saale der Hococonie, D. 2, 6, eine öffentliche Frauensammlung der Demokratischen Partei statt, in welcher Frau Marianne Weber, Heidelberg, Mitglied der badischen Nationalversammlung, über das Thema „Von Weifen der parlamentarischen Arbeit“ sprechen wird. Frau Weber ist die einzige demokratische Frau in unserm Bundesparlament. Es dürften daher weiteste Kreise, insbesondere der Frauenwelt, interessiert sein. Die Ansicht dieser Volksovertreterin über den Parlamentarismus zu hören, der Eintritt für die Versammlung ist für jedermann gegen besondere Kosten, die auf dem Parteifretariat P. 6, 20 zu haben sind, frei.

Eine Professurndgebung der U. S. P.

Die nach amtlicher Zählung von 1800 Personen bekannt war, nahm gestern mittag im Arbeiterpalast Stellung zu den Vorarbeiten in Baden. Zunächst berichtete Herr Schwaninger über die Lage in Württemberg, wie er sie bei seiner gestrigen Anwesenheit von dem Staatsratr Aktionsausschuß gesehendet erhielt. Dieser Aktionsausschuß setzte sich aus 65 Reichssozialisten, 35 Angehörigen der U. S. P. und 22 Kommunisten zusammen. Die Planung habe „nem Teil der Vertreter der Reichspartei 11 Punkte inspiriert, die diese dann als Forderungen aufstellen hürten und die von der Regierung natürlich bewilligt worden seien. Das Ergebnis dieser Verhandlungen sei aber gewesen, daß die im Aktionsausschuß sitzenden Reichssozialisten zur U. S. P. und den Kommunisten übergetreten seien. Die Württembergischen Soldaten seien nach Baden gekommen zur Niederschneidung des Proletariats. Das württembergische Proletariat rüfte zum Kampfe gegen die Regierung und fordere von dem badischen das gleiche. In Mannheim hätten sich erfreulicherweise die Reichsparteiler hinter die Forderungen des Aktionsausschusses gestellt und es müße gefest werden, daß sich mit ihnen im Aktionsausschuß gut zusammenarbeiten ließe.

Als zweiter Redner sprach Redakteur Hermann Kemme. Er kam einhernd auf die in dem „Osteraufst“ des Landesverbandes der U. S. P. festgelegten Punkte zu sprechen und bezeichnete die als Flugblatt verbreitete Erwiderung der „Volksstimme“ als ein Gebilde der Angst. Im Württemberg würden die permanent tonenden Betriebsräte die höchste Instanz, dort würden keine Führer gelten, sondern sie hätten nur auszuführen, was eben dieses Parlament der Arbeiterrepublik beschließt, die auf breiterer Demokratie der Arbeiterkraft aufgebaut sei. Wenn die Württembergischen in Ausübung angeschossen worden seien, so müße ihnen geklagt werden, daß sie in Baden nichts zu suchen hätten. Der Widerstand der badischen Regierung gegen die Vereinigung mit Württemberg sei nur die Angst um die eigene Futterrippe. Der Osteraufst sei belligste Pflicht der Partei gemessen. Mit keinem Wort hätte er sich gegen die Genossen von rechts gewandt, wohl aber gegen die Regierung und das sei verständlich, weil sie ja doch nur die Sachwalterin der Bourgeoisie sei. Die Regierung habe erklärt, daß keine badischen Truppen in Württemberg und Baden zur Verwendung gekommen. Es ließe aber fest, daß die Truppen in Heidelberg marschbereit gewesen wären. Ein Genosse aus Nürnberg — der der Versammlung amobnnte — sei in Würzburg 50—60 badischen Soldaten mit dem gelbten Edelstein besessen, die allerdings waffenlos gewesen seien, aber als ihr Ziel Dritzup angegeben hätten. Zu verlangen sei die sofortige Auflösung der Freiwilligenkorps und Bil-

dung einer revolutionären Arbeiterwehr, sofortiges Verbot von Anwerbungen badischer Staatsangehöriger für irgendwelche Truppenverbände innerhalb oder außerhalb Badens, Aufhebung der Werbepflicht, Verbot der Werbepflicht, Ausweisung der Werbepflichter und Agenten, Entlohnung der mit Willen der Regierung bewaffneten Studenten und Landwirte, Einstellung der gerichtlichen Verfahren wegen Landfriedensbruch aus Anlaß der Vorarbeiten vom 22. Februar, Erhöhung der Lebensmittelkontrollen, Festlegung von Mindestlöhnen usw. Der Redner schloß mit dem nachmaligen Hinweis auf die Rätepölitik als einziges Rettungsmittel.

An die beiden Berichte schloß sich eine Diskussion an, in der Kommunist Dopp für den Generalstreik propagierte und auf eine diesbezügliche Versammlung am kommenden Sonntag hinwies. Ein Teil der Versammlungsteilnehmer bewegte sich nach Schluß der Kundgebung in geschlossener Reihe durch Planten und Breitenstraße zum Reppplatz, wo er sich auflöste.

Einjchränkung in der Annahme von Frachtgut. Die Generaldirektion der badischen Staatsbahnen gibt bekannt, daß wegen teilweiser Einstellung des Güterzugverkehrs in Württemberg bis auf weiteres nur noch Montags bis einschließlich Mittwoch folgende Frachtgüter (Stückgut und Wagenladungen) nach und über Württemberg zur Beförderung angenommen werden: Lebensmittel und Verpackungsmaterial hierfür, Futter- und Düngemittel, Saatgut, Brennholz und Heizmittel, Umzugsgut und loere Möbelwagen, Heizungsbrennstoffe und Zellstoff, dringendes Dienstgut, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte. Der Elgntverkehr ist derzeit nicht eingeschränkt. — Ferner wird bekannt gegeben, daß von heute Donnerstag ab wegen Kohlenmangels der gesamte Personenverkehr auf sämtlichen rechtsrheinischen bayerischen Strecken eingestellt wird.

Jahrespreisermäßigung für Feldarbeiter. Zur Förderung der diesjährige-Früherbestellung und der Erntearbeiten wird auf den badischen Staatsbahnen und der badischen Strecke der Rhein-Neckarbahn Arbeitern, denen zur Frührjahrsbestellung und zur Einbringung der Ernte ein auswärtige Arbeitsstelle durch einen der dem Verbände deutscher Arbeitnehmende angehörenden öffentlichen oder gemeinnützigen Arbeitsnachweise, einen Arbeitsnachweis der Landwirtschaftskammer oder der deutschen Arbeiterzentrale in Berlin vermittelt worden ist, die einmalige Fahrt nach der Arbeitsstelle und zurück während der Zeit bis zum 15. Dezember in der 4. Wagenklasse zum halben Fahrpreize dieser Klasse gewährt. Die Fahrkarten zum halben Preise 4. Klasse sind von den Fahrkartenausgaben gegen Vorlage eines von den vorbestimmten Arbeitsnachweifen für die Hin- und für die Rückreise besonders ausgestellten Ausweises zu verabsolgen. Als Ausweise dienen die Vordrucke zur Erlangung der tarifmäßigen Jahresermäßigung zum Zwecke der Arbeitsvermittlung nach Abänderung der Worte „zum Zwecke der Arbeitsvermittlung“ in: „für Frührjahrsbestellung Erntearbeiter.“ Die gleiche Vergünstigung wird auch auf den preussisch-bessischen Staatsbahnen gewährt.

Arbeitsvermittlung in Demobilisierungsfragen. Die Demobilisierungs-Kommission des Kriegsministeriums in Berlin ist mit Anfragen seitens des Publikums über Ersatzunterstützung, Demobilisierungsorte und Demobilisierungsangelegenheiten aller Art so überlastet, daß eine Beantwortung dieser Fragen nicht durchzuführen ist. Das Generalkommando erlaubt daher, alle derartigen Anfragen in Demobilisierungsangelegenheiten zunächst nicht mehr an das Kriegsministerium, sondern an das Generalkommando 14. A. R. „Auswahlsstelle“ in Durlach zu richten, dem die Entscheidung obliegt. Wenn in einzelnen Fällen das Generalkommando auf Grund des ihm zur Verfügung stehenden Materials zur Zustimmungserklärung nicht fähig ist, wird es die Anfrage von sich aus an das Kriegsministerium weiterleiten. Unmittelbar an das Kriegsministerium gerichtete Anfragen können auf Beantwortung nicht mehr rechnen.

Auflösung künftiger Truppenteile des 14. A. R. Das Generalkommando erläßt einen Befehl, monach im Laufe des Monats April sämtliche Truppenteile des 14. A. R. ausgenommen die Verbände des badischen Volkheeres oder der künftigen Reichswehr, aufgelöst werden. Für die zukünftigen Formationen der Reichswehrverbände werden Reservisten in Mannheim, Heidelberg, Bruchsal, Karlsruhe, Durlach, Rastatt, Offenburg, Vohr, Freiburg, Konstanz, Württemberg und Donauinseln bereit gestellt. Diese Bereitstellung ist nur eine vorläufige, da die augenblickliche Lage ihre endgültige Festlegung noch nicht zuläßt.

Erhöhung der Gehälter der Kriegesbeschäftigten. Die badische Regierung ist wegen einer Erhöhung der Gehälter der Kriegesbeschäftigten in Bagarrengediegen bei der Reichsregierung vorstellig geworden und hat beantragt, daß diese mit den Reichswehrtruppen völlig gleichgestellt werden und daß außerdem eine tägliche Verköstigungszulage gewährt wird. Staatsrat Dr. Ludwig Haas wird sich mit einer Abordnung der Bundesräte nach Berlin begeben, um an zuständiger Stelle die berechtigten Wünsche der Kriegesbeschäftigten geltend zu machen.

Aufhebung des Geheimen Kabinetts. Im Gefehs- und Verordnungsblatt Nr. 25 erläßt das Staatsministerium eine Verordnung, monach das Geheime Kabinett mit sofortiger Wirkung aufgehoben wird. Die Abwicklung der Geschäfte der Ordenskanzlei ist von dem Ministerium des Auswärtigen durchzuführen.

Beamtenversammlung. Man schreibt uns: Am 23. d. waren die Beamten- und Arbeiteraussschüsse der hiesigen Postämter 1, 2 und des Telegraphenamtes versammelt, um über die ungelunden Verhältnisse, die zwischen der Anstellung des Telegraphenamts und dem hiesig bestehenden Beamten- und Arbeiteraussschuß vorhanden sind, eingehend zu beraten. Dabei ist in ersteremswertiger Weise imBetreffe der Veranlassung des Telegraphenamts des erpöflichen Eingegenkommens der Amtsvorsteher beim Postamt 1 u. 2 in Beamten- u. Arbeiterfragen dankbar gebacht worden. Die Versammlung kann das Verhalten des Vorstehers des hiesigen Telegraphenamts in vorkommenden Beamten- und Arbeiterfragen nicht billigen und hat noch eingehender Berücksichtigung und Beaufsichtigung der vorgebrachten Beschwerdegründe einstimmig die nachfolgende Entschlieung gefaßt: „Die am 24. April im Postamt 2 versammelten Ausschüsse der Postämter 1, 2 und des Telegraphenamts halten an der Unverletzlichkeit ihrer Mitglieder in Ausübung ihrer Tätigkeit als solche als obersten Grundfah unbedingt fest und erklären mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, dieses Grundrecht zur unbedingten Anerkennung zu bringen.“

Todesfall. In Neufreistett starb der 81 Jahre alte Alt-Schwammwirt Gustav Haub. Er acherte vom Jahre 1885 bis 1905, also über 20 Jahre, als nationalliberaler Abgeordneter für den 27. Wahlkreis Rehl der Zweiten Kammer des Badischen Landtags an.

Vergnügungen.

Künstlertheater „Apollo“. In der heutigen Aufführung des „Schwarzwaldmädel“, die als Ehrenabend für die Herren Herrmann und Bäcker in Szene geht, wird die Partie der Marianne (die bisher Fräulein Bernauer innehatte) von Fräulein Birkner geungen und für den erkrankten Herrn Bogner singt Herr Maler. Helde vom Stadttheater Heilbronn die Partie des Richard. Herr Bogner spielt den Kammermeister Römer, Herr Bertram den Schenkheim. Am Freitag wird zum letztenmale „Die Garbarschänke“ aufgeföhrt. Als letzte neunzehntes Wert in der am 26. April zu Ende gehenden Operettenspielfolge kommt am Samstag zum Besten des Chorpersonals „Die Fahrt ins Glück“ von Gilbert zur Aufführung.

Spielplan des National-Theaters				Neues Theater			
Tag	Uhr	Ort	Vorstellung	Tag	Uhr	Ort	Vorstellung
24. D.			9. Einheitspreis-Vorst.: Der Walfenschmid	7			
25. P.	4 1/2	A	Einsame Menschen	7			
26. S.	4 1/2	B	Maria Stuart	7			
27. S.			Tristan und Isolde	5			Die ewige Lampe 7

Aus dem Lande.

Schrochingen, 22. April. Die hiesigen Landwirte haben sich, vorläufig in der Zahl von 100 Personen, zu einer Bezirksvereinigung zusammengeschlossen. In nächster Zeit soll eine Bezirksversammlung abgehalten werden, die dem bereits ins Leben gerufenen Landesverband angeschlossen werden. Aufgabe des neuen Landesverbandes soll es sein, die Bildung eines besonderen Landwirtschaftsministeriums herbeizuföhren. Die Kleinbauern betrachten die Landwirtschaftskammer als eine Interessenvertretung der Großgrundbesitzer, da der Großgrundbesitzer die Domänen die überwindende Mehrheit darin besitzen. Sie beabsichtigen, gemeinsam mit dem Landesbauernrat das alte System durch ein neues zu ersetzen, was nur durch ein Landwirtschaftsministerium zu ermöglichen ist.

Offersheim, 22. April. Dem Müller Reih hier wurden die frisch gefesenen Obstbäume geliehen. Die durch den Krieg sehr geladerte Moral unseres Volkes hat den Kreis der von den Lebenden begehrten Objekte sehr weit gezogen.

Heilbronn, 22. April. Am Donnerstag mittag ereignete sich auf dem Neckar ein aufregender Vorfall. Ein mit drei Personen besetztes Boot flog unterhalb der alten Brücke auf und kippte um, so daß die Insassen ins Wasser fielen. Während sich zwei Herren über Wasser halten konnten, verschwand der dritte, ein Name, alsobald unter der Oberfläche. Der 19 Jahre alte Karl Neumann, der mit seinem Vetter gerade in der Höhe der Unfallstelle spielte, rücherte hinzu und sprang in voller Kleidung ins Wasser. Es gelang ihm, die Dame, die bereits schwimmlos war, zu retten. Wiederbelebungsversuche waren erfolglos. Es ist dies bereits das dritte Menschenleben, das der junge Mann aus gefährlichen Situationen gerettet hat.

Wiesbaden, 22. April. Beschlagnahmt wurden hier über 20 Pentner Weizen. — Durch die Volkswehr wurden zwei Dicks festgenommen, die bei dem Müller Hofmann in Heilbronn einen Einbruchsdiebstahl begangen hatten. An Weizen fand man bei den Strohballen 85 Pfund Raubfleisch, 53 Pfund Weiz, 14 Eier und 2 Tuscholen vor.

Durlach, 21. April. Am Freitag mittag brannte die Baracke der Funkerstation des Generalstabsamts auf bis jetzt ungeschädigte Weise vollständig ab. Die Station ist obfah verköstet und wertvolle Apparate sind vernichtet.

Eppingen, 21. April. Die Kriegsinvaliden des Reserve-Lazarett Eittingen hatten der Regierung 12

(Anzeige.) Im Verlage Joh. Andre Offenbach erschienen: „Lieder des Bleerot“ (Ein Wiederaktus von Rudolf Tesdor) Musik von Fritz Wenzels. Den vier Hans Bahls gewidmeten Gedängen liegen mit Nr. 1—3 zur Beurteilung vor. Die selben bedeuten eine wirkliche Bereicherung des modernen Liedes. Sie sind melodisch, musikalisch-motiviert ohne Tadel und treffen die Punkte der Dichtungen ausgezeichnet, und können daher die Lieder des Komponisten, dessen Werke in Mannheim hundertempfen empfohlen werden.

Theater, Kunst und Literatur.

„Jaus II“ in Dresden. Was Dresden schreibt unter A. A. Mitarbeiter: Vor 3 Jahren erregte die Reanimierung des Jaus, I. Teil, durch Geheimrat Dr. Reih Kücken in künstlerischen Kreisen, der langemwarteit 1. Teil der Tragödie brachte bei der Neugestaltung durch Fr. Karl Wolf eine Enttäuschung. Es steht ihr das Beste, um des „Wendenscheites Meisterstück“ für die Bühne zu gewinnen: Fortschrittlichkeit und Phantasie. So blieb die Aufführung passiv, trocken und ohne innere Resonanz, und auch die Darstellungen vermodete durch die Fehlbesetzung nicht das Gelegte hervorzuheben. Eine Unannehme von Reih war verschwendet, der spiritus rector fehlte, der vom Reih-Materialien aus das Szenische hätte gestalten können. Man witterte zu sehr das Realistische und spürte nicht den zündenden Geist, der die beschwingte Phantasie, die die Brücke zum Ueberfennlichen hätte schlagen können.

(Dr. A. G. Lutz.) Dr. A. G. Lutz, der Gründer und Vorstand des Deutschen Lehrervereins für Naturkunde, ist im Alter von nicht ganz 64 Jahren in seinem Landhaus in Sonnenberg bei Köpplingen gestorben. Er wirkte als Lehrer seit 1883 in Stuttgart, zuletzt als Volksschullehrer bis zu seiner Verbelegung, nach der er der württembergischen Schule noch als Leiter des württembergischen Schulvereins wertvolle Dienste leistete. Seine Hauptbedeutung hat er als Naturforscher und naturwissenschaftlicher Schriftsteller, sowie als Gründer und Leiter des Deutschen Lehrervereins für Naturkunde. Schon auf seiner ersten Lehrstelle in Köpplingen hat er die Naturgeschichte der Pflanzen in Stuttgart verlehrt er sie durch vielseitige Studien an der Technischen Hochschule, und durch Promotion zum Dr. phil. brachte er sie 1895 an der Universität Jürich zu einem vorläufigen Abschluß. Den Lehrerverein für Naturkunde gründete er 1887 zur Verbreitung naturwissenschaftlicher Kenntnisse, zur Förderung der Heimatkunde und des naturkundlichen Unterrichts. Der Verein breitete sich in Württemberg über ganz Deutschland und die deutsch rednenden Länder Europas aus und umfaßte vor Kriegsausbruch nahezu 4000 Mitglieder. Die von dem Verein herausgegebenen farbigen illustrierten Prachtwerke sind das Verdienst von Dr. Lutz. In seinen eigenen naturwissenschaftlichen Werken trat Lutz in die Fußstapfen des von ihm hochgeachteten Dr. A. Rehm, dessen Zeitschrift „Aus der Heimat“ er wieder aufleben ließ.

Rätselhafte Sinne der Pflanzen.

In diesem Thema berichtet Dr. Albert Neuburger in einem kessenden Artikel „Geheimnisse der Natur“ in Reclams Universalum folgendes:

„Daß die Pflanzen mit weit mehr Sinnen ausgestattet sind, als man bisher annahm, wird durch eine Reihe von Untersuchungen immer wahrscheinlicher. So hat vor allem der amerikanische Pflanzenphysiologe S. Leonard Vavilov eine Anzahl von Versuchen angestellt, aus denen hervorgeht, daß die Pflanzen, die keine Augen, keinen Geruch und kein Gehör besitzen, das Vorhandensein bestimmter Gegenstände trotz dieses Mangels wahrzunehmen vermögen. Es muß ihnen also noch irgendein Sinn innewohnen, an dessen Vorhandensein nicht zu zweifeln ist, von dessen Art wir uns aber keinen Begriff machen können. So besitzt z. B. der Sonnentau, eine fleischfressende Pflanze, Fingerringe, die durch die Unwesenheit des Opfers, also z. B. einer Fliege, derort gereizt werden, daß sie sich um sie herumföhren, worauf die Verbodung eintritt. Diese Bewegungen der Fingerringe werden jedoch erst durch die Berührung ausgelöst. Daß aber das Blatt des Sonnentaus noch ganz bestimmte Sinnesorgane besitzen muß, die der Pflanze ohne jede Berührung vom Vorhandensein eines Opfers Kenntnis geben, bewies Vavilov durch folgenden Versuch. Er befestigte in einer Entfernung von über einem Zentimeter von einem solchen Blatt eine Fliege. Sofort neigten sich die Blätter gegen sie zu und die Fingerringe klammerten sich genau so um sie herum, als ob sie direkt berührt worden wären. Die Pflanze hat also nicht die Fähigkeit in den Bereich ihrer Arme gelangen Weite erst, sondern sie ist ihr gemäßigten nachgegangen. Ähnliche Sinnesorgane liegen sich auch bei der Flachsblüte feststellen. Diese ist ein Parasit, der sich auf Kosten anderer Pflanzen nährt. Pflanz man in die Nähe von Flachsblüte eine Kleopflanze, so wächst die Flachsblüte, die das Vorhandensein dieser Kleopflanze auf irgendeine Weise wahrnehmen muß, gegen sie zu. Sie vergrößert sich überordentlich rasch, und bald haben diese Fäden das Opfer erreicht, aus dem sie nun die Mittel zum Leben saugen. In ähnlicher Weise wuchse die Erde gegen einen Stod zu, der in einer Entfernung von fünf Zentimetern von ihr befestigt worden war. Sie mußte also doch auf irgendeine Weise Kenntnis von dem Vorhandensein dieses Stodes erlangt haben. Aus allen diesen Tatsachen schloß Vavilov, daß die Pflanzen mit geheimnisvollen Sinnen ausgestattet sind, deren Wesen zu ergründen ein interessantes und auch ausfichtreiches Gebiet der pflanzenphysiologischen Forschung darstellt.“

Neues Theater im Rosengarten.

Zum ersten Male nun gestern Abend der Schwanz „Die ewige Lampe“ von Otto Haring in Szene. Lebhaftes Engagement an das Spiel herrlicherer Diener wüchse auch an, wenn die belieren Gesehnisse vorüberziehen, die sich

auf der Verwechlung des Kochs Rudelich mit dem Affessor Koch aufbauen. Der junge Affessor ist das Opfer dieses „Verwechens“. Er aber, fonglich für die fähiglebende Tochter Elli eintritt, trübt die ihm zugefallene Rolle, um in der Nähe des süßen Mädchens wachen zu können. Daß sie sich „erlepen“, daß auch die andere Tochter des Hauses, die eigentlich für den verlassenen Affessor bestimmt war, den bekommt, den sie liebt, nämlich den fionten Heinz Strohbeß, ist ebenso selbstverständlich, wie die Entfaltung wirklich zweifelschillernder Situationen u. Gespräche aus dem Gang der Handlung. Robert Garrißon als Stadtrat Bollmann und Vater der „Mädels“ hand, wie so oft, infolge seiner fähigen Charakterisierungsgewandtheit im Mittelpunkt des Wends. Ihm gegenüber wirkte Ludwig Schmitz (Affessor Koch) mit seinem diesmal allzu positiven Humor etwas blas. Alexander Köleri war ein gemüßlich-fähigender Rudelich. Georg Köhler bot als Schwamm eine planzende Oberleiter-Lage; auch Hans Godek als Apotheker Lenke zeigte eine abgerundete Leistung. Grete Mohr u. G. spielte die „Eli“. Von den bisherigen Anwärterinnen auf Alice Allos Rastigle verdient sie ohne Zweifel die erste Beachtung. Fiolles, liebenswürdiges Spiel und natürliche Munterkeit einen sich mit einem angenehmen Organ und ansprechender Erscheinung zu einem überaus sympathischen Gestaltbild. Zum abschließenden Urteil allerdings reichte die gestrige Rolle nicht aus; ein weiteres Gastspiel in einer der fast klassisch gewordenen Rollen wäre zu wünschen. Helene Landenius, Lene Bianckenfeld, Julie Sanden, Karl Reumann-Hodig, Walter Taub und einige andere Mitglieder des Schauspielbemaßten sich des weiteren um den Erfolg des Schwanzes, den Karl Marx geföhrt in Szene geföhrt hatte. Das kleine Häuflein Zuschauer ward bald in heitere Stimmung versetzt und dankte für den belanglos-freuen Abend.

H. G.

(Theaternotiz.) Die für Sonntag, den 27. April angefetzte Vormittags-Aufführung „Der Abenteuer“ fällt aus. — In der am nächsten Freitag stattfindenden Aufführung „Einsame Menschen“ spielt Lore Busch die Rolle der „Anna Reih“.

(Theaterkulturverband.) Der heutige Tostot-Abend findet im Harmonie-Saal statt und beginnt 8 Uhr.

(Konzertverlegung.) Infolge Reih-Nummernföhrt kann der Wiederabend von Margarete Sirum! am heutigen Donnerstag nicht stattfinden.

(Mannheimer Künstler auswärts.) Charlotte Kuhn-Brunner und Dr. Paul Kuhn wirkten bei einer Aufführung der Matthäus-Passion in der St. Elisabethen Kirche in Stuttgart mit. Dr. „Stuttgarter Neue Tagblatt“ rühmt den „herzlich warm und schlicht und wahr entsprechenden Klang“ der Stimme der Sängerin und den „stürmisch stärker innerer Bewegung und den klar tragenden Tonklang“ des Sängers.

4% Badische Staats-Eisenbahn-Anleihe von 1919

unkündbar bis 1935

mit Januar-Juli-Zinsen.

Die unterzeichneten Banken sind Abgeber obiger Anleihe zum Kurse von

92% netto

für Schuldbucheinträge zu

91.80% netto.

Rheinische Creditbank Süddeutsche Bank
Abteilung der Pfalz. Bank

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.G.

Berliner Handels-Gesellschaft.

Bilanz vom 31. Dezember 1918.

Konten	Haben	Haben	
Kasse	18 779 025,00	Kommandit-Kapital	110 000 000,00
Schwabende Wertpapierabrechnungen	3 812 005,45	Rücklagen	24 500 000,00
Wechsel	151 121 543,50	Tratten	42 761 203,90
Anleihen des Reichs und der Bundesstaaten	80 771 685,40	Umschlag Rückständige Gewinnanteile	203 295,00
Wertpapiere	17 735 230,20	Talonatruer-Rücklage	1 000 000,00
Konkurrenzbestände	32 678 790,92	Gewinn- und Verlust-Rechnung	
Dauernde Beteiligungen bei Banken und Bankhäusern	8 700 510,55	Reingewinn	14 828 952,73
Grundstücke	2 072 626,92		
Schuldner	447 320,12		
Baugebäude	8 790 000,00		
	712 741 742,96		772 741 742,96

Gewinn- und Verlust-Rechnung vom 31. Dezember 1918.

Konten	Haben	Haben	
Verwaltungsgehälter	4 417 204,00	Vortrag aus 1917	2 068 193,93
Sonstige	1 065 907,17	Zinsen einschließlich Kursdifferenzen und Devisen	12 034 802,70
Pensionskassen-Beiträge	280 261,20	Provisionen	3 569 826,53
Umsatzgewinn	14 828 952,73		
	20 294 828,10		20 294 828,16

Berliner Handels-Gesellschaft.
Fürstenberg, Hintonis, Jeldels. 1038

Elisabeth Hotz
Karl Balles
Verlobte

Mannheim Ludwigshafen.

Wittstr. 55.

Anna Maria Hotz
Wilhelm Nuß
Verlobte

Wittstr. 55. 5 2. 76a.

Else Pülm
Hans Brummer
Verlobte

Offen 1918. Mannheim.

Elisabeth Schröckhaas
Heinrich Baedeker
Verlobte

Mannheim Duisburg

April 1918 83187

Reparaturen
Neuwicklungen
Umwicklungen

von Elektromotoren und Apparaten, Drehstrom-Motoren selbst oder kurzfristig lieferbar zu günstigen Preisen
Ankauf defekter Motoren. 513

Elektromotoren-Werke Mannheim
Traiteurstraße 43 Telephon 6294

ALA Chem.Fabrik AG
Frankfurt a.M.

bester
Schuh-Putz

Zentralbüro: Bockenheimer-Lösche 18
Tel. Iannus 1761/62, Hansa 7978.

Tapeten
in allen Preislagen

von **Derblin**
Gesellschaft mit beschränkter Haftung
C 1, 2 555

Linoleum - Wachs

Billige frische Eier!

hat man im Winter, wenn man sie jetzt in Wasser-glas oder Garantol einlegt. Beide Artikel wieder vor-rätig bei

Ludwig & Schütthelm
O 4, 3 und Filiale Friedrichsplatz 19. 784

Schmeldeisenerne Fenster D.R.P., Oberlichte, Staubdecken, Glaswände, eiserne Türen, Feinblech-Konstruktionen, Autogenische Schweiß- und Schneide-Arbeiten.

Karl Zucker Jr., Mannheim
Schwetzingenstraße 98. 539 Telephon 254.

Billige Bürsten!

Prima Wasch- und Lamberbürrsten (in großer Auswahl) St. 2,40, 1,85, 1,65, —,90
 „ Waschbürrsten aus garant. echtem reinem Fibré St. 6,50, 5,90 und 5,10
 „ Schrubber 3-reihig, prima Reistroh St. 3,40, 2,60, 2,20
 „ Robuströbren mit Stiel 2 und 3 mal gebunden St. 6,75 und 5,60
 „ Hochhaarbesen Feinware 18,00, 15,00 und 12,00
 „ Bodenbesen (reine Borsten) 9,50, 8,50 und 7,50
 „ Handbesen (Borsten und Hochhaar) St. 6,50, 5,50, 4,50, 3,90 und 2,90
 „ Wischbürrsten (echte Borsten und Hochhaar) St. 3,50, 2,75, 1,75 und 1,50
 „ Handwaschbürrsten (Nagelbürrsten) 2,25, 1,90, 1,50 und —,50
 „ Kleider- und Haarbürsten (in prima Qualitäten) St. 4,50, 3,50, 2,50, 1,90

Großer Posten prima Putztücher, Webware (Bezugscheinlos) St. 2,25 und 1,90
 Großer Posten Bodenwische in Ostwaren, weiß und gelb Pfund-Dose zu Mk. 6,75
 Großer Posten Ja. Schuberdesse, Pils, Nigro, Pils, Ellax, Hermada, Wachsin, Erdal, Edelglanz zu 80, 60, 50, 30 Pfg.

Formen empfehle Klobettbürrsten, Tassenbürrsten, Straßenbesen, Schuhriemen, Stoffarben, Fußbodenfarben, Geolin, Sidel-Metalputz, Wasch- und Wischhilfe, Scheuersand „Blitz-Blank“ etc. Wiederverkäufer und Hausierer erhalten Grossisten-Preise. — Bitte beachten Sie meine 4 Schaufenster.

Gustav Rennert

Bürsten- u. Kurzwaren engros u. detail

G 5, 14 Mannheim G 5, 14
Telephon 7675 Eckhaus Jungbuschstraße Telephon 7675

Nächste Ziehung
Haupt- und Schlußklasse
der
Preußisch-Süddeutschen
Klassen-Lotterie

Zur Ausspielung gelangen
174 000 Gewinne
im Betrage von
64 413 160 Mark
(über 64 Millionen Mark)
Höchstgewinn im günstigsten Falle **Mark**

800 000
500 000
300 000
200 000
150 000
100 000

Hauptgewinne!

Ziehung vom 7. Mai bis 2. Juni
Preis der Lose:
 $\frac{1}{4}$ $\frac{1}{4}$ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{1}$

25.- 50.- 100.- 200.-
Vor und während der Ziehung zu haben im
Lotteriegeschäft
Albert Hoffmann
H 1, 1-2 Mannheim Tel. 7383
Zweiggeschäft O 6 Nr. 6. Tel. 1503.
Versand unter Nachnahme oder gegen vorherige Einzahlung des Betrages.
Amtlicher Plan kostenlos und franko.

Herd- u. Ofengeschäft J 7, 11.

setzen, Putzen, Aus-mauern und alle dazu gehörige Schlosser-arbeit.
Herde und Ofen, die nicht brennen und nicht backen werden dazu gerichtet.

F. Krebs, Ofen-setzer und Wärd-schlosser, J 7, 11.

Prima Fussbodenöl
vollkommenster Ersatz für
Friedensware

offert billigst in 5 Ko. Kannen

G. A. JAKUBOWSKY
Techn. Öle und Fette
MANNHEIM, Kobelstraße 14
TELEPHON 7135. 503

Anfuhrschäden-Versicherungen!

Wohlt zu günstigen Bedingungen ab:
„Vaterländische & Rhenania“
Bereitete Versicherungs-Risiken-Gesellschaft in überlebensfähigem Betrieb.

General-Agentur: Mannheim
Bl. Hofe, O 6 Nr. 7, Tel. 1110.

Zur Vermittlung von Anträgen, auch für Feuer-, Einbruch-, Diebstahl-, Wasserleitungs-schäden, Unfall-, Haftpflicht-, Transport- sowie Reisegepäck-Versicherungen empfehlen wir die Agenturen in Mannheim:
 J. J. J. & Sohn D 6 Nr. 17
 Carl Billigheimer R 7 Nr. 24
 Wilhelm Koenig, L 7 Nr. 4a

Lesen Sie General-Agenturen:
 von Th. Simebach, D 1 Nr. 14 (Hans-Johann) Tel. 5223
 und Emil Hode, Diering 31, Tel. 4688.

Wir vermieten auf die Dauer von
2-3 Wochen eventl. länger
1 Rangierlokomotive
normalspurig.

Anfragen erbitten

Brown, Boveri & Cie., A.G.
Mannheim-Käfertal.

Dach-Reparaturen

allen Art, einsch. Spenglerarbeiten, werden prompt, sachgemäß u. billig ausgeführt.

SCHNEPF & Co.
Luisenring 25. Eingang: Dalbergstr. 4.
Telephon 3442. 50

Geldverkehr.

Geld versieht gegen monatl. Rückzahlung d. H. BLUME, Hamburg 5, 881

Geld erh. 100. Erste jeden Standes reell u. bis-tret vom Erblasser. 83014
Zuldr. unt. D. J. 84 an die Geschäftsstelle. Rückporto 30 Pfg.

10 000 Mark auf 3. Hypothek gegen hohen Zins geliebt. Doppelte Sicherheit und Bürgschaft. Zuldr. u. C.N. 63 an d. Geschäftsstelle. 82937

Von 60 Jähr. ledig. Herr-Kaufr. Jar. wird in kleinen, ruhig. Kreise evtl. auch bei einzelner Dame guten Diner Mittag- und Abendtisch geliebt. Angebote unter C. O. 57 an die Geschäftsstelle.

Ziegenmilch. Für Kranken täglich 1 Liter gegen gute Bezahlung geliebt. Angebote unter C. X. 73 an die Geschäftsstelle. d. Bl. 82944

Stunden-Buchhalter und Korrespondent ist noch für 2 Stk. täglich verl. Angebote unter C. X. 73 an die Geschäftsstelle. d. Bl. 82954

Vermischtes.

Badischer Finanzamtmann der geneigt ist, in Bräuterdienst zu treten, wird gebeten, seine Adresse mit näheren Angaben über seine Person und Laufbahn unter R. O. 107 bei der Geschäftsstelle dieses Blattes niederzulegen. 1034

Stärke- und Haushaltswäsche wird noch angenommen. Wachsenstr. 53282
Franz Gerol Wwe. Nachf., U 1. 22.

Korsetts
werden zum Reparieren und Umbauen angenommen. Auch Anfertigung nach Maß. Stoff kann dazu gegeben werden. 83179
P 6, 19, 4. Stad.

Tüchtige Flickerin
nimmt noch Anstellung an. Angebote unter D. V. 96 an die Geschäftsstelle. 83077

Prima Fussbodenöl
vollkommenster Ersatz für
Friedensware

offert billigst in 5 Ko. Kannen

G. A. JAKUBOWSKY
Techn. Öle und Fette
MANNHEIM, Kobelstraße 14
TELEPHON 7135. 503

Dame
erteilt perleht Französisch. Zu erl. D 7, 17, 3. 3. 2.

Nachhilfe und Aufsicht
möglich. 60
Wittstr. 55, Wittstr. 55, 16.
Kleinbühlstr. 16.

Uhren
werden repariert, gut und billig repariert unter Garantie.
Ankauf von Damen- und Herren-Uhren.
Günther Sommer, O 4, 1. III
Uhrmacher und Juwelier.
742a

National-Theater

Donnerstag, den 24. April 1919
9. Sesselschlingung zum Einheitspreis
180 Blätter per Blatt

Der Waffenschmied

Umfang 7 Uhr. Ende 9 1/2 Uhr.

Künstlertheater „Apollo“

Heute Donnerstag, abends 7 Uhr:
Kreuzabend
Hilf Helix Bortram und Jakob Bögler

Schwarzwaldmädel

Freitag: Die Czaradafestin.
Samstag: Die Fahrt ins Glück.
Mittwoch, den 28. April:
Letzte Operettenvorstellung. 040

Rosengarten - Mannheim - Nibelungensaal.
Samstag, den 27. April 1919, abends 7, 8 Uhr:

Grosses Konzert.

Wirwirkender:
HANS BÄHLING
Opernsänger vom Nationaltheater Mannheim.
Lieder und Balladen.
Kapelle Petermann.
Leitung: Kapellmeister Ludwig Beder.
Im Fögel: Musikdirektor Boris Sch.

Das Konzert findet bei Wirtschaftsbetrieb statt.
Sesselschlingung abends 7 Uhr. Einheitspreise:
Vorbehaltene Plätze im Saal 1 Mk. 20 Btg. Die übrigen
nicht numerierten Plätze 80 Btg. Sesselschlingung beim
Wächter im Rosengarten und an der Tageskasse von 11-1
und 3-6 Uhr. Einheitspreise für Personen über 14 Jahre
10 Btg. Raucher in den Räumen des Rosengartens nicht
gehört. Programme sind am Konzertabend im Rosen-
garten zu haben.

Kaffee Stern.

Täglich nachmittags und abends
Ersklassige Künstler-Konzerte
Täglich: 4 Uhr-Thee.

Advertisement for Kammerlichtspiele featuring 'Der gelbe Tod...' and 'Der Roman der Herzogin von Corvy'.

Advertisement for Walhalla-Theaters with a lightning bolt graphic and the text 'aus heiterem Himmel'.

Advertisement for Kapital with the text '!! Größte Gewinnaussichten !!'.

Advertisement for Café Continental featuring a daily concert by Fredo Reimers and Paula Bach-Sockelmann.

Advertisement for 'Das Neueste in modern garnierten Damen-, Mädchen- und Kinderhüten' by Hugo Zimmermann.

Advertisement for Institut für höheres Klavierspiel und Seminar, offering instrumental and vocal lessons.

Advertisement for Fritz Harimann, Photographer, featuring 'Geschäfts-Eröffnung u. Empfehlung'.

Advertisement for Institut Büchler, offering lessons for children and adults.

Advertisement for Wein-Angebot, featuring 1917 and 1918 Haardter, Rhein- and Moselweine.

Advertisement for Heinrich Grünhut, featuring elegant tailoring and Selters-Wasser.

Advertisement for Hotel-Restaurant Stadt Basel, featuring 'Achtung!' and 'Geschäfts-Eröffnung!'.

Advertisement for Tanz-Kursus, offering dance lessons by Frau Auguste Paul.

Advertisement for Damen-Frisier-Salon, located at Seckenheimerstr. 61.

Advertisement for Institut Büchler, Rastatt (Baden), offering a six-class real school.

Advertisement for Ingenieur- und Gewerbe-Schüler, featuring technical education.

Advertisement for Stimmungungen, Reparaturen, featuring piano and instrument work.

Advertisement for Flügel und Piano, featuring high-quality instruments.

Advertisement for Detektiv-Institut, featuring private investigations.